

Beschluss

Antrag 1 – Haushaltsplan des Landesjugendkonvents 2018

Die Vollversammlung des Landesjugendkonvents beschließt den Haushaltsplan für das Jahr 2018 wie folgt:

	Plan 2017	Ergebnis 2017	Plan 2018
VV des Landesjugendkonvents			
Unterkunft / Verpflegung	24.500,00 €	26.257,01 €	26.500,00 €
Fahrt- u. Reisekosten	3.800,00 €	3.382,80 €	3.300,00 €
Honorare für Referent/-innen	800,00 €	686,00 €	1.400,00 €
Öffentlichkeitsarbeit / Drucke	2.000,00 €	270,65 €	200,00 €
Material	100,00 €	588,77 €	500,00 €
Geschäftsbedarf	400,00 €	294,99 €	300,00 €
Sonstiges	500,00 €	84,60 €	100,00 €
	32.100,00 €	31.564,82 €	32.300,00 €
LK des Landesjugendkonvents			
Sitzungen/Arbeitstagungen	4.200,00 €	2.702,39 €	2.800,00 €
Fahrt- u. Reisekosten	4.400,00 €	4.468,21 €	4.500,00 €
Öffentlichkeitsarbeit / Drucke	300,00 €	0,00 €	100,00 €
Material	100,00 €	27,80 €	100,00 €
Geschäftsbedarf	400,00 €	174,85 €	200,00 €
Sonstiges	500,00 €	958,65 €	1.000,00 €
	9.900,00 €	8.331,90 €	8.700,00 €
Summe Gesamt	42.000,00 €	39.896,72 €	41.000,00 €

Die Ausgaben werden gedeckt durch:

kleinere eigene Einnahmen (z.B. Erstattung von Teilnehmer-Kosten),
einen Anteil aus der BJR-Basisförderung,
einen Anteil aus dem Landeskirchlichen Zuschuss,
und ggf. durch Teile der Jugendsammlung bzw. der Jubilare-Kollekte

Begründung: Erfolgt mündlich.

Adressat: Leitender Kreis des Landesjugendkonvents

Antragsteller: Pascal Laudenbach für den LK

Abstimmung: Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Beschluss

Antrag 2 – Polizeiaufgabengesetz

Die Vollversammlung des Landesjugendkonvents beschließt:

Die Vollversammlung des Landesjugendkonvents der Evangelischen Jugend in Bayern betrachtet mit Besorgnis die geplanten Änderungen des Polizeiaufgabengesetzes. Bereits im vergangenen Jahr hat sich die Evangelische Jugend zu dem am 01.08.2017 in Kraft getretenen sogenannten Gefährdengesetz geäußert. Schon damals kritisierten wir die erschreckend weitreichenden Einschränkungen der Grundrechte und den zum Missbrauch einladenden Spielraum. Die geplanten Veränderungen des Polizeiaufgabengesetzes bewegen sich erneut in dieselbe Richtung.

Die innere Sicherheit Bayerns ist ein schützenswertes Gut und die Ängste von Bürger_innen müssen wahrgenommen werden. Es ist allerdings inakzeptabel, dass dies in besonders hohem Maße auf Kosten der persönlichen Freiheits- und Grundrechte passiert. Die geplante Gesetzesänderung erzeugt ein Klima der Unsicherheit und des Misstrauens. Als junge Generation möchten wir in einer Welt leben, in der unsere Regierung neue und effektive Lösungen für gesellschaftliche Herausforderungen findet, jedoch nicht um den Preis unserer Grundrechte.

Als junge Generation betreffen uns die Veränderungen in besonderer Weise. Junge Menschen brauchen die Möglichkeit, sich eigenständig eine politische Meinung zu bilden. Die geplanten Überwachungsmöglichkeiten behindern die politische Mitbestimmung. Da die Zukunft junger Menschen noch ungewiss ist, werden gerade sie aus Angst vor Stigmatisierung und einer daraus folgenden Einschränkung ihrer Zukunftschancen vor öffentlichen Meinungsäußerungen zurückschrecken. Da eine Demokratie von freien Meinungsbildungsprozessen lebt, kann das nicht Ziel der bayerischen Politik, insbesondere der Regierung sein.

Es darf keine Befugnisse geben, welche die Persönlichkeitsrechte eines Menschen ohne Ausübung einer Straftat derart beschneiden. Als junge Christ_innen möchten wir in einer Welt leben, in der die Nächstenliebe die Maxime gesellschaftlichen Handelns ist. Jeder Mensch, als Ebenbild Gottes, verdient Schutz vor unbegründeter Verdächtigung und Stigmatisierung.

Begründung:

Erfolgt mündlich

Antragsteller/-innen:

Lisa Schaub (DB Traunstein), Emilia Hönsch (ProDB München-Nord), Marc-Peter Fischer (ProDB München-Nord), Elias Wolf (DB Sulzbach-Rosenberg), Maximilian Weidenhiller (ProDB München-Ost), Kilian Deyerl (DB Altdorf), Paula Tiggemann (ProDB Nürnberg-Ost), Lea Filiposki (ProDB München-Ost)

Befürwortend:

Adressaten: Bayerische Staatsregierung, Bayerisches Staatsministerium des Innern und für Integration, Mitglieder des bayerischen Landtages

Zur Kenntnis:

Abstimmung: 79 JA 6 NEIN 16 Enthaltungen

Beschluss

Initiativantrag 1 – Respekt

Die Vollversammlung des Landesjugendkonvents beschließt:

Wir als christlicher Jugendverband leben Demokratie sowie politischen und inhaltlichen Diskurs. Wir ringen um Positionen und überlegen uns genau, zu welchen gesellschaftlichen Themen wir öffentlich Stellung beziehen. Selbstverständlich können wir nicht verlangen, dass unsere Überzeugungen geteilt werden. Wir sind uns bewusst, dass es zu jedem Thema ganz unterschiedliche Meinungen gibt. Von Politiker_innen erwarten wir jedoch, dass unsere Positionen mindestens gehört, vor allem aber ernst genommen werden.

Wir positionieren uns entsprechend unserer christlichen Werte, allen voran der Nächstenliebe. Wir setzen uns für eine offene Gesellschaft ein, in der sich jeder Mensch unabhängig von Herkunft, Religion oder sozialem Milieu gleichberechtigt einbringen kann. Bei früheren Positionierungen hatten wir noch den Eindruck, dass Interesse am Austausch seitens der politischen Entscheidungsträger_innen bestand.

Umso enttäuschender war das bisherige Ausbleiben einer Antwort auf unseren gemeinsamen Brief mit der katholischen Jugend (BDKJ Bayern) zum „Kreuzerlass“ der Staatsregierung. Zeitgleich waren überwiegend verallgemeinernde Aussagen in der Presse zu vernehmen, in denen von einer „unheiligen Allianz von Religionsfeinden und Selbstverleugnern“ die Rede war. Dies wirft die Frage auf, ob wir als Evangelische Jugend durch diese Aussage angesprochen oder einfach nur ignoriert werden. Beide Möglichkeiten entsprechen nicht unserem Wunsch nach einem respektvollen Dialog auf Augenhöhe.

Auch im Fall der Demonstration gegen die Änderung des PAGs (Polizeiaufgabengesetz) wurde jegliche Diskussion verweigert. Das breite Bündnis an Demonstrierenden wurde mit rechter Rhetorik und falschen Behauptungen abgewatscht.

Demokratie lebt vom Austausch und respektvollen Umgang zwischen allen Beteiligten. Deswegen fordern wir mit Nachdruck...

... einen fairen Dialog auf Augenhöhe.

... sachliche Diskussionen.

... glaubwürdige Nächstenliebe, Toleranz, Vielfalt und Achtung der Menschenwürde als Grundlage politischen Handelns.

„Die Bergpredigt gilt als Wort der weltversöhnenden Liebe Gottes entweder überall und jederzeit, oder sie geht uns ernstlich überhaupt nichts an.“ (Dietrich Bonhoeffer)

Für diese Inhalte setzen wir uns auf Grundlage unseres christlichen Selbstverständnisses ein und tragen sie auch in unsere tägliche, ehrenamtliche Arbeit in unserer Kirche und in alle Teile der Gesellschaft.

Wir sind junge, mündige Christ_innen und wollen gehört und respektiert werden.

Begründung: Erfolgt mündlich.

Antragsteller/-innen:

Jakob Gutermann (DB Memmingen), Henri Dervedde (DB Fürth), Ronja Wagner (DB Ingolstadt), Marc-Peter Fischer (ProDB München Nord), Paula Tiggemann (ProDB Nürnberg Ost), Katrin Vogelmann (DB Kempten), Korbinian Würzle (DB Kempten), Kilian Deyerl (DB Altdorf), Felix Pfingstgraef (DB Altdorf), Marcus Zentgraf (DB Lohr am Main), Christina Kwade (DB Augsburg), Vinzent Gaschler (ProDB München Mitte), Katinka Wöhling (ProDB München Südost), Ferdinand Ruf (DB Fürth), Johannes Krug (DB Pegnitz), Mathis Agbih (DB Neu-Ulm), Sabrina Kluge (DB Passau), Marvin Brieger (DB Augsburg), Fabian Lauterbach (DB Wunsiedel)

Befürwortend: -**Adressaten:**

Bayerische Staatsregierung
CSU-Generalsekretär
Mitglieder des Bayerischen Landtags

Zur Kenntnis:

Synodalpräsidentin
Landessynode
Landesbischof
Bund der deutschen katholischen Jugend in Bayern

Abstimmung:

Der Antrag wurde mit 2 Nein-Stimmen und 14 Enthaltungen angenommen.

Beschluss

Initiativantrag 2 – Psychischkrankenhilfegesetz

Die Vollversammlung des Landesjugendkonvents beschließt:

Die Vollversammlung des Landesjugendkonvents bittet den Geschäftsführenden Ausschuss der Landesjugendkammer der Evangelischen Jugend in Bayern eine Positionierung gegen das geplante "Psychischkrankenhilfegesetz" (PsychKHG) zu erarbeiten.

Begründung:

Bei Verdacht auf Fremd- oder Selbstgefährdung werden psychisch kranke Menschen wie Kriminelle behandelt. Die neuen Vorschriften über Zwangsunterbringung sind dem Strafrecht entnommen. Anstatt die Hilfe und Heilung in den Vordergrund zu stellen, geht es im Gesetz primär um Gefahrenabwehr.

Das Gesetz sieht die Schaffung einer so genannten Unterbringungsdatei vor. In ihr sollen personenbezogene Daten der Patienten inklusive der Diagnose fünf Jahre gespeichert werden. Polizei und andere Behörden sollen Zugriff auf die Datenbank bekommen.

Antragsteller/-innen:

Katrin Vogelmann (DB Kempten), Marc-Peter Fischer (ProDB München-Nord), Korbinian Würzle (DB Kempten), Pascal Laudenbach (DB Rosenheim), Jakob Gutermann (DB Memmingen), Katinka Wöhling (ProDB München-Südost), Maximilian Weidenhiller (ProDB München-Ost), Lea Filiposki (ProDB München Ost), Ann-Sophie Scholl (ProDB München-Süd), Sarafina März (DB München), Paula Tiggemann (ProDB Nürnberg-Ost), Paula Meyer (ProDB München-Mitte), Sarah Rosin (DB Rosenheim), Vinzent Gaschler (ProDB München-Mitte), Meriel Betschart (DB Ingolstadt), Ronja Wagner (DB Ingolstadt)

Befürwortend: -

Adressaten:

Geschäftsführender Ausschuss der Landesjugendkammer der Evangelischen Jugend in Bayern

Zur Kenntnis: -

Abstimmung:

Der Antrag wurde mit 1 Nein-Stimme und 14 Enthaltungen angenommen.

Beschluss

Themenantrag – Klimaschutz und Nachhaltigkeit in der Jugendarbeit

Die Vollversammlung des Landesjugendkonvents beschließt:

Die Vollversammlung möge das Thema "Klimaschutz und Nachhaltigkeit in der Jugendarbeit" für die Vollversammlung des Landesjugendkonvents 2019 beschließen.

Begründung:

Erfreulicherweise haben die Evangelisch Lutherische Kirche Bayern und die Evangelische Jugend Bayern das Thema Klimaschutz und Nachhaltigkeit schon länger auf der Agenda.

Während sich jedoch eine gewisse Müdigkeit in Bezug auf dieses Thema breit macht, sehen wir die Folgen des Klimawandels immer deutlicher vor Augen.

Plastik verschmutzt unsere Meere, Bienen und weitere Insekten sind in ihren Beständen bedroht, der Dieselabgasskandal bleibt scheinbar ohne Konsequenzen.

Als Christen sind wir Gottes Schöpfung verpflichtet. Zugleich erleben wir eine verstärkte Wissenschaftsfeindlichkeit, die auch in Deutschland religiös begründet wird.

Die Vollversammlung des Landesjugendkonvents soll der Information und dem Austausch gelten. Das Siegel des Grünen Gockels bedarf stärkerer Bewerbung. Vereinzelt bestehende Konzepte (wie z.B. Einkaufsleitlinien für Freizeiten) können gebündelt werden.

Bisher ergriffene Maßnahmen können auf ihre Wirksamkeit geprüft werden.

Die Teilnehmenden sollen befähigt werden, in ihren Heimatdekanaten das Umweltbewusstsein zu stärken und nachhaltig Jugendarbeit zu leisten.

Somit können wir als Kirche versichern, dass wir unseren Worten auch Taten folgen lassen.

Antragsteller/-innen:

Paula Eriskat (DB Bad Tölz), Paula Meyer (ProDB München-Mitte), Sarah Rosin (DB Rosenheim), Paula Tiggemann (DB Nürnberg-Nord), Korbinian Würzle (DB Kempten), Jakob Gutermann (DB Memmingen), Henri Dervedde (DB Fürth), Katrin Vogelmann (DB Kempten)

Befürwortend: -

Adressaten:

Leitender Kreis des Landesjugendkonvents

Zur Kenntnis: -

Das Thema der WV 2019 wird mit 60 Stimmen beschlossen